

Antrag 98/I/2018**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kindergrundsicherung einführen****1 Bekämpfung von Kinderarmut ernst nehmen – Kindergrundsicherung einführen**

2 Die Schere zwischen Arm und Reich verfestigt sich in
3 Deutschland immer mehr. Mittlerweile lebt jedes 5. Kind
4 in Armut oder ist von Armut bedroht. Die aktuellen bun-
5 despolitischen Mittel und Transferleistungen für Kinder
6 begünstigen dabei vor allem gutverdienende Familien
7 und schreiben damit die ungleichen Chancen fort. Des-
8 halb fordern wir ein neues Konzept: die Kindergrundsiche-
9 rung.

10 Diese soll alle bisherigen Leistungen vereinen und vom
11 Kind her gedacht werden. Das sächliche Existenzmini-
12 mum soll allen Kindern als Leistung garantiert werden.
13 Dabei orientieren wir uns an dem Konzept des Bündnis-
14 ses Kindergrundsicherung. Die Kindergrundsicherung soll
15 jedoch mit steigendem Einkommen der Eltern und ggf. der
16 Jugendlichen abgeschmolzen werden, um der Idee des So-
17 zialstaates gerecht zu werden.

18 Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung fordern
19 wir, dass das Kindergeld nicht auf SGB-II-Bezüge ange-
20 rechnet wird und somit effektiver Kindern aus einkom-
21 mensschwachen Haushalten zu Gute kommt.

22 Über die Höhe und dynamische Weiterentwicklung soll ei-
23 ne unabhängig Kommission bestehend aus Expert*innen,
24 Ländervertreter*innen und Vertreter*innen der Sozialver-
25 bände entscheiden. Diese Kommission soll in regelmä-
26 ßigen Abständen einen Evaluationsbericht vorlegen und
27 weitere Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut vor-
28 schlagen.

34 Begründung

35 Die Armutsgefährdung von Paaren und deren Kindern
36 und vor allem von Alleinerziehenden und deren Kindern
37 nimmt trotz des wirtschaftlichen Wachstums der letzten
38 zehn Jahre weiter zu, so das Ergebnis einer 2018 veröf-
39 fentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung. Sie sei ge-
40 rade hinsichtlich der familiären Ausgaben für die Versor-
41 gung und Teilhabe der Kinder in vorangegangenen Studien
42 orientiert am OECD-Standard unterschätzt worden. Dies
43 führte vor allem zu einer falschen Einschätzung der finan-
44 ziellen Situation von Eltern und ihren Kindern. Auch bun-
45 despolitische Mittel und Transferleistungen zeigten kei-
46 ne Wirksamkeit um den Trend der zunehmenden Armuts-
47 gefährdung umzukehren und Kindern eine gesicherte ge-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Bekämpfung von Kinderarmut ernst nehmen – Kindergrundsicherung einführen**

Die Schere zwischen Arm und Reich verfestigt sich in
Deutschland immer mehr. Mittlerweile lebt jedes 5. Kind
in Armut oder ist von Armut bedroht. Die aktuellen bun-
despolitischen Mittel und Transferleistungen für Kinder
begünstigen dabei vor allem gutverdienende Familien
und schreiben damit die ungleichen Chancen fort. Des-
halb fordern wir ein neues Konzept: die Kindergrundsiche-
rung.

Diese soll alle bisherigen Leistungen vereinen und vom
Kind her gedacht werden. Das sächliche Existenzmini-
mum soll allen Kindern als Leistung garantiert werden.
Dabei orientieren wir uns an dem Konzept des Bündnis-
ses Kindergrundsicherung. Die Kindergrundsicherung soll
jedoch mit steigendem Einkommen der Eltern und ggf. der
Jugendlichen abgeschmolzen werden, um der Idee des So-
zialstaates gerecht zu werden.

Wir fordern erneut, eine Grundsicherung für jedes Kind einzuführen. Diese soll dabei neben dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum auch einen Betrag für Erziehung, Betreuung und Ausbildung umfassen. Dieser muss regelmäßig von einer unabhängigen Expert*innen-Kommission, in der auch insbesondere die Wohlfahrts- und Sozialverbände vertreten sind, neu berechnet werden.

Darüber hinaus fordern wir alle SPD-geführten Landesregierungen auf, sich an der kommenden Bundesratsinitiative zur Einführung einer „Kindergrundsicherung“ zu beteiligen, und alle SPD-Bundestagsabgeordneten, diese in den Abstimmungen zu unterstützen.

Wir fordern eine Kommission auf Bundesebene zur Bekämpfung von Kinderarmut. Dazu fordern wir die Einführung einer*s Beauftragten für Kinderrechte.

Über die Höhe und dynamische Weiterentwicklung soll eine unabhängig Kommission bestehend aus Expert*innen, Ländervertreter*innen und Vertreter*innen der Sozialverbände entscheiden. Diese Kommission soll in regelmä-

48 gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren. Gerade die über die
49 letzten Jahre immer wieder veranlassten Kindergelderhö-
50 hungen verfehlten dabei ihre Wirksamkeit. Eine wirksa-
51 mere kindliche Förderung bedarf ein Umdenken hinsicht-
52 lich der bundespolitischen Instrumente, der finanziellen
53 Stabilisierung von armutsgefährdeten Familien und Al-
54 leinerziehenden, um deren Kindern gesellschaftliche Teil-
55 habe und verbesserte Chancen in ihrer Entwicklung zu er-
56 möglichen.

57

58 Außerdem ist gerade ein idealer Zeitpunkt, um das Kon-
59 zept der Kindergrundsicherung in unserer Partei inten-
60 siv zu diskutieren. Nicht nur Jens Spahn hat uns mit sei-
61 ner Äußerung zu Hartz IV eine Steilvorlage gegeben, auch
62 Bundessozialminister Hubertus Heil hat die Bekämpfung
63 von Kinderarmut zu einem seiner Schwerpunktthemen
64 erklärt. Darauf sollten wir aufbauen und den Diskussions-
65 prozess in unserer Partei beleben.

ßigen Abständen einen Evaluationsbericht vorlegen und
weitere Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut vor-
schlagen.